

Antrag 225/II/2019**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Kein Konsens)****Versprechen einer humanitären Migrationspolitik einhalten und Verwaltungsspielräume nutzen**

1 Wir fordern die SPD Berlin und ihre sozialdemokratischen
2 Mitglieder des Senats auf, die führende Rolle Berlins für ei-
3 ne progressive und humane Migrationspolitik in Deutsch-
4 land beizubehalten. Deshalb müssen Partei und Senat al-
5 le Möglichkeiten und Spielräume nutzen, um auch nach
6 dem Migrationspaket weiterhin eine erkennbar sozialde-
7 mokratische und humanitäre Migrationspolitik umzuset-
8 zen. Berlin ist daher aufgefordert mit ihrer ausführenden
9 Landesbehörde steuernd Verwaltungsvorschriften zu er-
10 lassen.

11
12 Bei der Umsetzung des Migrationspaketes und des neuen
13 Staatsbürgerschaftsrechts sind Härten zu vermeiden und
14 entsprechende Ausführungsvorschriften auf Landesebe-
15 ne für die Berliner Ausländerbehörde bzw. für das künftige
16 Landesamt für Einwanderung zu erlassen, solange die-
17 se den Regelungen des Bundesministeriums für Inneres
18 nicht entgegenstehen.

19
20 a) Bei den Ausführungsvorschriften zum „Geordneten
21 Rückkehr-Gesetz“ ist darauf zu achten, dass:

- 22
- 23 1. die im Gesetz vorgesehene bis zu 18-monatige Ab-
24 schiebehaf in Berliner Justizvollzugsanstalten nicht
25 durchgeführt wird und
 - 26 2. gleichzeitig aber auch die in Berlin möglichen Di-
27 rektabschiebungen nicht als Ersatz für die Abschie-
28 behaft ausgeweitet werden,
 - 29 3. keine Familien mit minderjährigen Kindern in Ab-
30 schiebehaf genommen werden,
 - 31 4. keine Auflagen zum nächtlichen Aufenthalt in
32 Flüchtlingsunterkünften erlassen werden,
 - 33 5. ausreisepflichtige Familien mit minderjährigen Kin-
34 dern bis zur Ausreise stets weiterhin Asylbewerber-
35 leistungen erhalten,
 - 36 6. keine Absenkung des Aufenthaltsstandards vorge-
37 nommen wird, wie sie im Gesetz für Personen mit
38 ungeklärter Identität nach § 60b AufenthG mit einer
39 quasi „Duldung light“ vorgesehen ist, wenn die be-
40 troffenen Personen glaubhaft machen können, war-
41 um sie ihre Staatsbürgerschaft mangels entspre-
42 chender Dokumente nicht nachweisen können.

43
44 b) Bei den Ausführungsvorschriften zum Staatsbürger-
45 schaftsrecht ist darauf zu achten, dass:

- 46
- 47 1. die Einwanderungsbehörden in Berlin durch ei-
48 ne allgemeine Verwaltungsvorschrift der für In-

49 neres zuständigen Senatsverwaltung angewiesen
50 werden, das Merkmal „Einordnung in die deut-
51 schen Lebensverhältnisse“ in den §§ 9 und 10 des
52 Staatsangehörigkeitsgesetzes einschränkend und
53 ausschließlich dahingehend auszulegen ist, dass le-
54 diglich das Eingehen oder Bestehen einer Doppel-
55 ehe oder Mehrhe der Einordnung in die deut-
56 schen Lebensverhältnisse und damit der Einbürge-
57 rung entgegenstehen.

58

59 Soweit die Auslegung der Anwendungshinweise des Bun-
60 desministeriums des Inneren zur „Einordnung in die deut-
61 schen Lebensverhältnisse“ auf andere Kriterien ausgewei-
62 tet werden oder aber die Auslegung weitestgehend den
63 einzelnen Behörden überlassen werden sollen und damit
64 der Willkür Tür und Tore geöffnet werden, ist der Berliner
65 Senat aufgefordert, sich für entsprechende Einschränkun-
66 gen auch auf Bundesebene einzusetzen.

67

68 **Begründung**

69 Berlin ist eine offene und tolerante Metropole, die Men-
70 schen aus aller Welt willkommen heißt und die allen hilft,
71 die auf Hilfe angewiesen sind. Die Berliner SPD steht für
72 eine humanitäre Migrationspolitik und begrüßt, dass die
73 SPD Bundestagsfraktion im Migrationspaket den Einstieg
74 in ein humanes Einwanderungsgesetz durchsetzen konn-
75 te und vielen Menschen damit eine Bleibeperspektive er-
76 öffnet.

77

78 Damit wurde jedoch nur ein erster Schritt erreicht. Dage-
79 gen wurden mit dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ und
80 den Verschärfungen im Asylbewerberleistungsgesetz Zu-
81 geständnisse an die CDU/CSU gemacht, die im klaren
82 Widerspruch zu einer sozialdemokratischen humanitären
83 Migrationspolitik stehen. Sie sind kein sozialdemokrati-
84 scher Erfolg, sondern bestenfalls ein fauler Kompromiss
85 zu Lasten vieler Menschen, die aus Krieg und Not bei
86 uns Hilfe suchen. Die SPD hat bereits im Koalitionsvertrag
87 zahlreiche Zugeständnisse im Ausländer- und Asylrecht
88 an den Koalitionspartner gemacht. Die Grenze der Zumut-
89 barkeit ist mittlerweile überschritten.

90

91 Wir müssen als SPD nicht nur Flüchtlingsschutz bie-
92 ten, sondern auch die Frage beantworten, wie wir mit
93 Menschen umgehen, die nach einem geordneten rechts-
94 staatlichen Verfahren kein weiteres Aufenthaltsrecht in
95 Deutschland haben. Nach unseren Grundwerten Freiheit,
96 Gerechtigkeit und Solidarität kann die Antwort nur sein,
97 dass in jedem Einzelfall die konkrete Situation des Betrof-
98 fenen, die aktuelle Lage in seinem Herkunftsstaat und der
99 bisherige Aufenthalt und die Dauer berücksichtigt werden
100 müssen.

101

102 Wer hier lebt, aufwächst oder geboren wird, ist gleich-
103 berechtigt willkommen und verdient unsere Solidarität.
104 Berlin steht für eine vielfältige und offene Gesellschaft.
105 Wir wollen die Einbürgerung mit allen staatsbürgerlichen
106 Rechten und Pflichten erleichtern und keine weiteren
107 Hürden aufbauen. Die Erweiterung der Einbürgerungs-
108 voraussetzungen um das Merkmal „Einordnung in deut-
109 sche Lebensverhältnisse“ darf kein Einfallstor für eine Ge-
110 sinnungsprüfung im Sinne einer undurchsichtigen deut-
111 schen „Leitkultur“ sein. Unser Maßstab orientiert sich al-
112 lein an den im Grundgesetz verankerten Werten.

113

114 Im Falle einer ggf. gerichtlich überprüften Ausreisepflicht
115 müssen Rückkehrhilfen und -beratung und freiwillige
116 Ausreisen stets Vorrang vor Abschiebungen und Leis-
117 tungskürzungen haben. Erleichterte Abschiebungen, die
118 Einschränkungen des Rechtsschutzes und ein unsoziales
119 Aushungern durch Leistungsausschluss lehnen wir ab. Die
120 Ausweitungen der Abschiebehaf und das Festhalten von
121 geflüchteten Menschen in sogenannten Ankerzentren für
122 eine Dauer von bis zu 18 Monaten widersprechen einer hu-
123 manitären Migrationspolitik.

124

125 Wir fordern daher die sozialdemokratischen Mitglieder
126 des Senats auf, die möglichen Spielräume bei der Um-
127 setzung der gesetzlichen Regelungen soweit wie mög-
128 lich zu nutzen und hierzu entsprechende Verwaltungs-
129 vorschriften zu erlassen. Damit werden Auslegungen zu
130 unbestimmten Rechtsbegriffen für die Rechtsanwender
131 verbindlich und das behördliche Ermessen in die richtige
132 Richtung gesteuert.

133

134 Mit der Duldung für Personen mit ungeklärter Identität
135 hat die Bundesregierung eine Duldung „light“ eingeführt,
136 die für die Betroffenen zum Arbeitsverbot und in die Il-
137 legalität führt, anstatt ihnen ausreichende Integrations-
138 und Sprachkurse anzubieten. Viele Geflüchtete verfügen
139 nicht über entsprechende Dokumente, um ihre Staats-
140 angehörigkeit nachweisen zu können. Wird ihnen nicht
141 geglaubt, gelten sie beim Bundesamt für Migration und
142 Flüchtlinge schnell als Personen mit ungeklärter Identität.
143 Daher ist eine Einschränkung der Auslegung notwendig,
144 um die Verschärfung auf Ausnahmefälle zu beschränken.

145

146 Die Durchführung von Abschiebehaf in Justizvollzugsan-
147 stalten widerspricht europarechtlichen Regelungen und
148 wir lehnen sie ab. Wir wollen - selbst bei getrennten Häu-
149 sern - nicht, dass Geflüchtete und ihre Kinder gemeinsam
150 mit Straftätern einsitzen. Kinder von Geflüchteten haben
151 in Abschiebungshaft ohnehin nichts zu suchen. Die Haf-
152 terfahrung widerspricht klar und stets dem Kindeswohl.

153

154 Die in Berlin geübte Praxis der Direktabschiebung ohne

155 vorherige richterlich angeordnete Abschiebehaft ist nicht
156 humaner, sondern führt häufig zu einer Einschränkung
157 des Rechtsschutzes, weil entsprechende Eilanträge beim
158 Gericht nicht mehr zeitnah gestellt werden können. Die
159 ständige Angst vor nächtlichen Festnahmen führt dazu,
160 dass Geflüchtete untertauchen und ein Leben in der Il-
161 legalität führen müssen. Auflagen, sich nachts im Wohn-
162 heim für eine mögliche Abschiebung bereithalten zu müs-
163 sen oder sich bei der Ausländerbehörde vorher schrift-
164 lich abzumelden, sind unverhältnismäßig. Abschiebun-
165 gen dürfen stets nur als letztes Mittel eingesetzt werden.
166 Vor jeder Abschiebung müssen daher Rückkehrberatun-
167 gen und – hilfen angeboten und freiwillige Ausreisen ge-
168 fördert werden.

169

170 Die Abschaffung von jeglichen Asylbewerberleistungen
171 für vollziehbar ausreisepflichtige EU-Binnenflüchtlinge -
172 sogar vor einer gerichtlichen Überprüfung - ist mit Eu-
173 roparecht und mit der Menschenwürde unvereinbar. Ein
174 Aushungern durch Leistungsentzug widerspricht sozial-
175 demokratischen Grundwerten. Wir wollen nicht, dass Fa-
176 milien mit Kindern aus Flüchtlingsheimen geworfen wer-
177 den und ohne soziale Absicherungen und Gesundheits-
178 versorgung in die Obdachlosigkeit getrieben werden.